

Beamtenpolitisches Spitzengespräch In schwierigen Zeiten im Einsatz für die Beschäftigten

Auch in den turbulenten Zeiten der aktuellen Pandemie sind der DGB Baden-Württemberg und seine Mitgliedsgegewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit den verschiedenen Akteuren der Politik im Gespräch. Mitte November trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften und des DGB daher zum regelmäßigen Austausch mit dem Chef der Staatskanzlei Dr. Stegmann und den Amtsleitern aus dem Innenministerium und dem Finanzministerium, die MDs Schütze und Krauss, ganz Corona gerecht, im virtuellen Raum.

Pandemie bringt die Beschäftigten an Leistungsgrenzen und auch darüber hinaus

Ein Thema des Gesprächs waren natürlich die Belastungen der Beschäftigten durch die aktuelle Pandemiesituation. Hier räumte der Chef der Staatskanzlei Dr. Stegmann ein, dass es aktuell in allen Bereichen des Landesdienstes zu erheblichen zusätzlichen Belastungen kommt. Im Gegensatz zur ersten Welle im Frühjahr ist es daher aktuell auch nicht möglich, dass stark belastete Bereiche durch Beschäftigte aus anderen Bereichen des Landesdienstes unterstützt werden.

Die Gewerkschaftsseite machte deutlich, dass es insbesondere bei der Ausstattung von Schutzartikeln in der Praxis zu Problemen kommt. Verwundert zeigte sich die Gewerkschaftsseite außerdem über Vorfälle, in denen Beschäftigte trotz roter Warnmeldung der Corona-App und Krankheitssymptomen bis zu einem positiven Testergebnis weiterhin zur Arbeit gehen sollen. Dr. Stegmann versprach, alle Vorschläge und Probleme mit in den Lenkungsstab der Regierung zu nehmen und Lösungen zu finden.

Darüber hinaus zeigte sich die Gewerkschaftsseite besorgt über die Zahl der Übergriffe auf Beschäftigte im öffentli-

chen Dienst, die sich in Coronazeiten u.a. durch die Kontrollen der Hygiene- und Abstandsregelungen weiter erhöht haben. Hier hat insbesondere das IM deutlich gemacht, dass es bei diesem Thema keinen Spielraum gibt. Das Ministerium wird alles tun, um die Zahl der Übergriffe einzuschränken und den Beschäftigten jede Unterstützung und Schutz zukommen lassen, die möglich sind. So findet z.B. die im vergangenen Jahr beschlossene Unterstützung bei der Übernahme von Schmerzensgeldansprüchen (§ 80a LBG) auch für die Tarifbeschäftigten Anwendung.

Zukunft der Besoldung

Im Rahmen des Gesprächs war es der Gewerkschaftsseite wichtig, auch weitere Themen anzusprechen, die nach Bewältigung der Pandemie wieder mehr in den Fokus rücken werden. Deshalb hat die Gewerkschaftsseite im Gespräch das Thema Zukunft der Besoldung auf die Tagesordnung gesetzt. Dabei unterstrich die Gewerkschaftsseite, dass es auch in Zukunft, und trotz der Schwierigkeiten der letzten Gerichtsurteile zur Besoldung, ein Nachvollziehen der Tarifentwicklung in der Besoldung oberstes Ziel der Gewerkschaft bleibt.

In diesem Zusammenhang machten die Gewerkschaften deutlich, dass Besoldung und Arbeitszeit zusammen gedacht werden müssen und es nun endlich an der Zeit ist, die Wochenarbeitszeit von 41 Stunden der Beamtinnen und Beamten wieder an die tarifliche Wochenarbeitszeit angepasst werden muss.

In dieser Frage zeigte die Gegenseite wenig Bewegung, so dass es diesbezüglich noch dicke Bretter zu bohren gilt. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes werden genau dies auch weiterhin in Zukunft tun, um die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu verbessern.